

Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Rolf Schuler/Margrith Beyeler, SP): Was sind die finanzpolitischen Konsequenzen für die Stadt Bern, falls die kantonale Steuerinitiative in der Volksabstimmung vom 27. Februar 2005 angenommen wird?

Am Abstimmungswochenende des 27. Februar 2005 stimmt das Volk des Kantons Bern über eine Steuerinitiative der Wirtschaftsverbände ab. Ziel dieser Initiative ist eine Senkung der steuerlichen Belastung für natürliche und juristische Personen in der Höhe von 400 Millionen Franken. Mit dieser Initiative schädigen die Initiantinnen und Initianten den gesamten Finanzhaushalt unseres Staates. Die Annahme der Initiative hätte zur Folge, dass der Kanton Bern erneut den Sparhobel im Bildungs-, Sozial- und Kulturbereich sowie beim öffentlichen Verkehr ansetzen müsste.

Systembedingt wären die Gemeinden von einer Annahme dieser Volksinitiative betroffen. In der Abstimmungsbotschaft werden die möglichen Sparsbereiche aufgelistet. Der beabsichtigte Abbau auf das Dienstleistungsangebot und die Finanzen der Stadt Bern hätte massive Auswirkungen.

Wir bitten den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. In welchem Umfang würden zusätzliche Kosten für die Stadt Bern anfallen zur Kompensation des kantonalen Abbaus der Dienstleistungen, die der Regierungsrat in den möglichen Sparszenarien genannt hat?
2. Ist die Vermutung richtig, dass die Annahme der Initiative eine Erhöhung des Steuerfusses zur Folge hätte (Kompensation Dienstleistungsabbau)?
3. Wenn Nein, wie würde der Gemeinderat die Steuerausfälle kompensieren?
4. Welche Auswirkungen hätte die Annahme der Initiative auf die Leistungsverträge für die nächste Vertragsperiode? Mit welchen prozentualen Kürzungen der städtischen Leistungen müsste gerechnet werden?
5. Wären davon auch laufende Leistungsverträge betroffen?
6. Ist der Gemeinderat bereit, sich aktiv am Abstimmungskampf gegen diese Initiative zu beteiligen?

Begründung der Dringlichkeit:

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt Bern haben vor der Kantonalen Volksabstimmung vom 27. Februar 2005 ein Recht auf Transparenz. Sie müssen wissen, welche Folgen die Annahme der Initiative hätte und in Kenntnis der Sache entscheiden können.

Bern, 13. und 20. Januar 2005

Interpellation Fraktion SP/JUSO (Rolf Schuler/Margrith Beyeler, SP), Andreas Zysset, Andreas Flückiger, Rudolf Keller, Thomas Göttin, Michael Aebersold, Claudia Kuster, Annette Lehmann, Beat Zobrist, Béatrice Stucki, Liselotte Lüscher, Raymond Anliker, Stefan Jordi, Miriam Schwarz, Corinne Mathieu, Andreas Krummen, Giovanna Battagliero, Gisela Vollmer, Maya Widmer, Sarah Kämpf, Beni Hirt, Margrit Stucki-Mäder

Die Dringlichkeit wird vom Stadtrat in der Sitzung vom 20. Januar 2005 bejaht.

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat wird sich gegen alle Massnahmen wehren, welche zulasten der Gemeinden gehen würden. Es ist noch nicht möglich, zusätzliche Kosten zu beziffern. Vor allem folgende anvisierten Massnahmen des Regierungsrats hätten direkte finanzielle Auswirkungen auf die Stadt: Wegfall von Unterhaltsbeiträgen an Gemeindestrassen, Kürzung der Abgeltung von Zentrumslasten, Rückzug des Kantons aus der Spitexfinanzierung und aus der Finanzierung von familienergänzenden Betreuungsangeboten (Krippen, Horte, Tagesschulen, Mittagstische).

Zu Frage 2 und 3:

Es ist nicht auszuschliessen, dass die Annahme der Initiative eine Erhöhung des Steuerfusses oder ein Sparpaket zur Folge haben könnte. Selbstverständlich wird sich der Gemeinderat vehement dagegen wehren, dass zusätzliche Lasten auf die Gemeinden abgewälzt werden.

Zu Frage 4 und 5:

Die Annahme hätte mit Bestimmtheit Auswirkungen auf die Leistungsverträge. Was dies prozentual ausmachen würde, kann der Gemeinderat heute nicht sagen.

Zu Frage 6:

Der Gemeinderat hat bereits deutlich gegen die Initiative Stellung genommen.

Bern, 16. Februar 2005

Der Gemeinderat